

Antrag Nr. 06-F-02-0012

CDU-Fraktion

Betreff:

Entwurf einer Richtlinie der EU-Kommission über Dienstleistungen im Binnenmarkt
- Dringlicher Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 14.02.2006 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Stadtparlament begrüßt, dass im gefundenen Kompromiss zwischen den beiden großen Fraktionen im Europäischen Parlament zur vorgesehenen EU-Dienstleistungsrichtlinie das Herkunftslandprinzip aus der Vorlage gestrichen wird und für alle Dienstleister die Arbeitsgesetze des Landes, in dem sie tätig sind gelten sollen, demzufolge also auch alle Bestimmungen des Arbeits-, Tarif- und sonstigen Sozialrechts des Bestimmungslandes vom Dienstleistungserbringer eingehalten werden müssen.

Dieser Kompromiss bietet eine ausgewogene und sachgerechte Entscheidungsgrundlage für den endgültigen Beschluss im Europäischen Parlament am 16. Februar 2006.

Begründung:

Wiesbaden,